

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Wochen waren sehr ereignisreich: Anders als erwartet hat sich die EU-Kommission bereits vor der lange angekündigten Folgenabschätzung zur Besteuerung des Finanzsektors klar positioniert und überraschenderweise eine Empfehlung für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer ausgesprochen! Dies ist ein enormer Erfolg für unsere Kampagne! Allerdings plant die Kommission die Einnahmen aus der Steuer zur Finanzierung des EU-Haushalts zu verwenden. Eine äußerst unpopuläre Forderung, die von mehreren Regierungen prompt zurückgewiesen wurde. Doch damit hat die Steuer nun den Segen der EU-Kommission: ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer Steuer gegen Armut ist damit erreicht.

Auch national hat sich einiges bewegt: Die Parlamentsdebatte im Bundestag am 9. Juni brachte zwar nicht das beabsichtigte klare Bekenntnis für eine deutsch-französische Initiative zugunsten einer europäischen Finanztransaktionssteuer, allerdings haben sich die Fronten geklärt: Es liegt vor allem an der FDP, die sich als Sprachrohr der Finanzlobby gebärdet und eine Abneigung gegen die Steuer hegt. Aber auch in der Union hat man sich noch nicht entschieden, ob man einer Finanztransaktionssteuer ohne die Briten zustimmen würde. Einen Vorstoss hierzu gab es immerhin von Finanzminister Schäuble, der in einem [lesenswerten Zeitungsinterview](#) erstmals öffentlich eine Finanztransaktionssteuer notfalls nur in Eurozone befürwortet hat.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Ergebnisse der EU-Konsultation zur Besteuerung des Finanzsektors
- Eurobarometer: Große Zustimmung zur FTS in Europa
- Debatten im deutschen und französischen Parlament
- Neue Volte aus europäischen Institutionen
- Weltweiter Aktionstag in 43 Ländern
- Neue Studien und Stellungnahmen
- Pressemitteilungen im Juni

Entwicklungen im Inland:

30. Juni: Die Bundesregierung lehnt die Pläne für eine neue [EU-Steuer](#) klar ab, also auch für eine Finanztransaktionssteuer, deren Einnahmen in den EU-Haushalt fließen.

30. Juni: Der [Bundestag](#) debattiert über Bankenabgabe und Finanztransaktionssteuer, die in der Debatte vertretenen Positionen zur Finanztransaktionssteuer sind aber altbekannt.

25. Juni: [Heidmarie Wiecek-Zeul](#), frühere Entwicklungshilfeministerin, macht sich für eine Finanztransaktionssteuer zur Bekämpfung der weltweiten Armut stark.

20. Juni: Interessante Mischung: Der [Deutsche Beamtenbund](#) fordert eine höhere Erbschaftssteuer, eine Finanztransaktionssteuer und den Verkauf von Goldreserven und beauftragt Paul Kirchhof dazu mit einem Gutachten.

18. Juni: [Bundesfinanzminister Schäuble](#) spricht sich für eine Finanztransaktionssteuer auch notfalls nur in der Euro-Zone aus.

17. Juni: Der Internationale Gewerkschaftsbund ([ITUC](#)) fordert während der Klimaverhandlungen in Bonn eine Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,02 bis 0,05 %.

16. Juni: Neue Verwendungszwecke: SPD-Vorsitzender [Sigmar Gabriel](#) und LINKEN-Vorsitzende [Gesine Lötzsch](#) wollen die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer nun für ein europäisches Investitionsprogramm bzw. zur Bekämpfung der Eurokrise einsetzen.

14. Juni: SPD und Grüne bringen in den [Stadtrat von München](#) einen Antrag zur Unterstützung der Kampagne Steuer gegen Armut ein.

8. Juni: Der [Bundestag](#) debattiert über einen Antrag der SPD zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Die Oppositionsparteien sind dafür, die FDP dagegen - die Union eiert.

8. Juni: Joachim von Schorlemer, stellvertretender Verbandsvorsitzender des [Verbands der Auslandsbanken](#) wagt eine steile These: eine Finanztransaktionssteuer würde "eine bürokratische Belastung mit sich bringen, die in keinem Verhältnis zum gewünschten Sinn und Zweck steht."

7. Juni: [Boliviens Gesandter](#) Pablo Solon fordert bei den Klimaverhandlungen in Bonn eine internationale Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,01 %. Gleichzeitig erreicht die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre mit 390 ppm einen neuen Höchststand.

1. Juni: Die Evangelische Landeskirche und das Diakonische Werk Bayern wollen in [Bayern](#) 100.000 Unterschriften zugunsten der Ziele unserer Kampagne sammeln.

Entwicklungen im Ausland:

30. Juni: Großbritanniens Premier [David Cameron](#) erteilen den Plänen der Kommission für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer eine klare Absage. Auch andere Regierungen sind vom Vorschlag, insbesondere der Einnahmenverwendung für das EU-Budget, nicht begeistert.

29. Juni: [Italien](#) erwägt Einnahmen aus einer FTS für seinen Sparhaushalt, der Steuersatz soll angeblich bei 0,15 Prozent liegen.

29. Juni: Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung 2014-2020 schlägt die [EU-Kommission](#) eine EU-weite FTS vor, deren Einnahmen in den EU-Haushalt fließen sollen. Die Kommission rechnet mit jährlichen Einnahmen um die 50 Mrd. Euro. Angeblich sei ein Steuersatz von 0,01 Prozent für Derivate und von 0,1 Prozent für Staatsanleihen vorgesehen.

23. Juni: Der [belgische Senat](#) stimmt mit 34 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen für eine Finanztransaktionssteuer in der EU oder Eurozone, deren Einnahmen für Entwicklungshilfe und Klimaschutz verwendet werden sollen.

22. Juni: Bei einer China-Reise besucht eine Delegation des Finanzausschuss des Deutschen Bundestags die Börse in Shanghai. Angesichts der dortigen Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,1 % auf den Handel mit Aktien halten die Abgeordneten [Schick](#) (Grüne), [Troost](#) (LINKE) und [Zöllmer](#) (SPD) die Warnungen vor Ausweichreaktionen nach Asien für völlig überzogen.

22. Juni: EU-Kommissionspräsident [Barroso](#) stellt klar: Es wird im Herbst einen Vorschlag für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer - und nicht Finanzaktivitätsteuer - geben.

22. Juni: In 43 Ländern finden zum [globalen Aktionstag](#) Aktivitäten für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer statt.
21. Juni: EU-Steuer-Kommissar [Semeta](#) bricht das Schweigen: "Ich denke, in einem ersten Schritt ist es möglich, eine Finanztransaktionssteuer in der EU einzuführen und ihre grössten Risiken abzumildern".
20. Juni: EU-Kommissionspräsident [Barroso](#) kündigt in einem Brief eine Initiative zugunsten einer Finanzsektorsteuer in der EU an.
18. Juni: Auf einer Podiumsdiskussion in St. Petersburg wirbt Spaniens Ministerpräsident [Zapatero](#) für eine internationale Finanztransaktionssteuer.
15. Juni: Das [brasilianische Parlament](#) fordert eine globale Finanztransaktionssteuer. Weiter fordert es: "Die Abgabe soll von der internationalen Zivilgesellschaft kontrolliert und eingenommen werden, um damit den Schutz der Menschen- und Umweltrechte auf dem Planeten zu gewährleisten."
14. Juni: Der designierte EZB-Präsident [Mario Draghi](#) lehnt eine Finanztransaktionssteuer nicht grundsätzlich ab. Sie müsse aber global eingeführt werden.
14. Juni: Die [französische Nationalversammlung](#) verabschiedet in dritter Lesung mit überwältigender Mehrheit den Antrag zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer.
11. Juni: Arbeiterkammer Wien und der österreichische Gewerkschaftsbund ÖGB starten mit Hinblick auf das [EU-Ratstreffen](#) eine [neue Petition](#) zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer.
9. Juni: Die [französische Nationalversammlung](#) behandelt in erster und zweiter Lesung einen Antrag der französischen Sozialisten zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer.
8. Juni: Im Rahmen der [Finanzplanung](#) erneuert das [Europäische Parlament](#) seine Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer und möchte einen Teil der Einnahmen für den EU-Haushalt vereinnahmen.
7. Juni: EU-Kommissionspräsident [Manuel Barroso](#) bekennt: "Ich bin für eine Finanzmarkt-Transaktionssteuer und werde dazu in sehr naher Zukunft einige Ideen einbringen".
7. Juni: Der internationale Dachverband katholischer Entwicklungsorganisationen [CIDSE](#) fordert Mittel aus einer Finanztransaktionssteuer zur Bekämpfung des Klimawandels.
7. Juni: Der [Auto-, Motor- und Radfahrerbund Österreichs](#) (ARBÖ) fordert eine Finanztransaktionssteuer mit der Begründung, dass ein volkswirtschaftliches Gut wie Rohöl nicht der Logik der Börsen ausgeliefert sein dürfe.
7. Juni: Nach einer von der [Arbeiterkammer Wien](#) in Auftrag gegebenen [Studie der UNCTAD](#) verteuert Spekulation Rohstoffe. Die Arbeiterkammer fordert Maßnahmen gegen Preisschwankungen, darunter eine Finanztransaktionssteuer.
5. Juni: Österreichs Kanzler [Werner Faymann \(SPÖ\)](#) und [ÖVP-Vorsitzender Spindelegger](#) wollen einen neuen Anlauf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Europa nehmen und dafür bei ihren

Schwesterparteien werben. Spindelegger lehnt notfalls auch eine Einführung nur in der Eurozone nicht ab.

3. Juni: Prem Sikka, Professor für Rechnungswesen an der Essex Business School, zeigt im britischen [Tribune Magazin](#) mit Zahlen die Fehlentwicklungen der britischen Wirtschaft auf und fordert unter anderem eine Finanztransaktionssteuer als Korrekturmaßnahme.

Ergebnisse der EU-Konsultation zur Besteuerung des Finanzsektors

Die EU-Kommission hat ihre [Konsultation](#) zur Besteuerung des Finanzsektors abgeschlossen und eine [Auswertung](#) sowie mehrere Dutzend zur Veröffentlichung freigegebene [Beiträge](#) freigeschaltet - von der französischen Regierung und dem Vize-Bürgermeister von Den Haag, über die britische Lokführergewerkschaft bis hin zu Beiträgen einzelner Bürger.

Die Zusammenfassung der Beiträge bringt nichts wirklich überraschendes - Bürger und Zivilgesellschaft präferieren klar die Finanztransaktionssteuer, während Finanzinstitute jegliche Besteuerung mit Sorge betrachten. Dennoch ist die große Unterstützung unserer Forderung als Erfolg zu verbuchen.

Anekdote am Rande: Walter Deffaa, der Generaldirektor der Generaldirektion Steuern, referierte am 28. Juni auf einer [Finanzmarktkonferenz](#) der CDU/CSU-Fraktion zu den von der Kommission untersuchten Optionen zur Besteuerung des Finanzsektors. Wie im [Redeprotokoll](#) nachzulesen ist, fand er zahlreiche Argumente für eine Finanzaktivitätsteuer. Zur Finanztransaktionssteuer fielen ihm nur Risiken und Nachteile ein - einziger Vorteil: die Steuer sei sehr populär. Vor dem Hintergrund des jüngsten Bekenntnisses der Kommission zur Finanztransaktionssteuer können wir daher in Anspruch nehmen, mit unserer Kampagne einen entscheidenden Beitrag zu diesem Bekenntnis geleistet zu haben!

Eurobarometer: Große Zustimmung der Bevölkerung für FTS in Europa

Eine Auftrag des Europaparlaments durchgeführte Meinungsumfrage zeigt in den 27 EU-Mitgliedsstaaten eine starke Unterstützung der Bevölkerung für eine Finanztransaktionssteuer. Demnach befürworten 71% der Deutschen eine Steuer auf Finanztransaktionen (FTS). Die größte Unterstützung hat die FTS mit 80% in Österreich. In Frankreich sind es 69%, in Großbritannien 65% und in Italien 61%.

In der gesamten EU sind 61% und in der Euro-Zone 63% für die FTS.

Von den Befürwortern der FTS sind wiederum 85% der Meinung, dass die FTS weltweit eingeführt werden sollte.

81% sind der Meinung, dass die FTS auf europäischer Ebene eingeführt werden sollte, falls sie global nicht durchsetzbar ist.

Bei den Motiven der Befürworter der FTS geben 41% die Bekämpfung exzessiver Spekulation an. 35% wollen den Finanzsektor an den Kosten der Krise beteiligen.

11% geht es um die Reduzierung der öffentlichen Schulden.

10% wollen innovative Finanzierung des Kampfes gegen Klimawandel und Armut in den Entwicklungsländern.

Das Eurobarometer ist eine regelmäßige Umfrage zu europäischen Themen. Es ist auf Englisch [hier](#) elektronisch verfügbar.

Parlamentsdebatten in Deutschland und Frankreich

Am Donnerstag, dem 9. Juni fanden sowohl im deutschen Bundestag als auch in der französischen Nationalversammlung eine Debatte mit gleichlautenden Forderungen nach einer europäischen Finanztransaktionssteuer statt. Die Anträge der SPD bzw. der französischen Sozialisten sollten auf die zügige Einführung der Steuer in der EU, der Eurozone oder notfalls einer Koalition der Willigen hinwirken und zugleich ein eng koordiniertes deutsch-französisches Vorgehen anregen. Die französische Nationalversammlung nahm den Antrag mit leichten Änderungen in letzter Lesung am 14. Juni an. In Deutschland verhinderte die Regierungskoalition ein solch klares Bekenntnis.

Deutsche Debatte:

Im Bundestag ging die Koalition aus Union und FDP in erster Lesung auf Distanz zum Antrag und vergab damit eine Chance, ein klares Signal zur baldigen Einführung der Steuer in Europa zu geben. Die Debatte brachte die unterschiedlichen Standpunkte klar zur Sprache: Die Unionsfraktion ist bei der Frage der beteiligten Staaten (ob EU oder nur Eurozone) noch nicht festgelegt, aber grundsätzlich für die Steuer. Hans Michelbach (CSU) wies eine Einnahmenezweckbindung zugunsten Armutsbekämpfung und Umwelt- und Klimaschutz zurück. Die FDP erwies sich als Gegner mit schwachen Argumenten und wird eine Finanztransaktionssteuer nur bei mindestens EU-weiter Einführung notgedrungen akzeptieren. SPD, Grüne und LINKE unterstützten die Ziele des Antrags in ihren Redebeiträgen.

Der Antrag wurde im Anschluss an die Lesung an die Ausschüsse überwiesen und wird vermutlich nach der Sommerpause wieder in das Plenum zurückkehren.

Die Debatte im Bundestag ist über das [Parlamentsfernsehen](#) oder das [Plenarprotokoll](#) nachzuverfolgen.

Die Kampagne kommentierte die Debatte mit einer Pressemitteilung:

"Regierung und Union vergeben Chance bei Finanztransaktionssteuer - Bekenntnisse sind schön, konkrete Stufenpläne besser"

[Zur Pressemitteilung.](#)

Französische Debatte:

Die französische Nationalversammlung nahm sich des Antrags am 9. Juni in erster und zweiter Lesung an und verabschiedete ihn am 14. Juni mit großer Mehrheit von 477:2 Stimmen. Die zwei Gegenstimmen sollen dabei auf einem Versehen beruhen.

Die Kernforderungen des [beschlossenen Antrags](#) sind:

- eine allgemeine Finanztransaktionssteuer von 0,05 %
- eine Besteuerung von allen börslich und außerbörslich gehandelten Finanzprodukten (wie Aktien, Anleihen, Derivate, Devisen)
- eine Vereinnahmung in das nationale Budget
- eine Einführung auf Ebene der EU oder bei einem Scheitern notfalls auch in der Eurozone oder einer Koalition europäischer Staaten

Eine Einnahmenverwendung im Sinne unsere Kampagne wurde nicht beschlossen. Allerdings findet sich in der Einleitung ein Hinweis auf die französischen Bemühungen für Einnahmen aus innovativen Finanzinstrumenten zugunsten von Entwicklung sowie auf die Bekämpfung des Klimawandels, beides mit Hinblick auf den G20-Gipfel in Frankreich und die bevorstehenden Klimaverhandlungen. Der parlamentarische Weg des Antrags inklusive der Parlamentsdebatten ist [hier](#) nachzulesen.

Neue Volte aus den europäischen Institutionen

Aus den europäischen Institutionen wurden im Juni neue Forderungen nach einer Finanztransaktionssteuer laut.

Neben dem Europaparlament hat sich nun auch die Europäische Kommission für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer ausgesprochen.

Das Europa-Parlament forderte am 8. Juni im Rahmen seiner mehrjährigen Finanzplanung einen Teil der Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer für den EU-Haushalt. Im Wortlaut:

Das Europäische Parlament "vertritt die Auffassung, dass eine Finanztransaktionssteuer einen wesentlichen Beitrag des Finanzsektors zu den Kosten der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise und zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen darstellen könnte; ist der Ansicht, dass eine Finanztransaktionssteuer zum Teil auch zur Finanzierung des EU-Haushalts sowie zur Kürzung der BNE-Beiträge der Mitgliedstaaten beitragen könnte"

([Forderung 171](#) der entsprechenden Entschliessung)

EU-Kommissionspräsident Barroso hatte sich bereits am [Vortrag](#) für die Steuer ausgesprochen ("Ich bin für eine Finanzmarkt-Transaktionssteuer und werde dazu in sehr naher Zukunft einige Ideen einbringen"). Mitte Juni legte auch Steuerkommissar [Algirdas Semeta](#), bisher ein notorischer Gegner der Steuer, nach und sprach eine Empfehlung für eine Finanztransaktionssteuer aus.

Damit wird den Ergebnissen der angekündigten Folgenabschätzung vorgegriffen, in welcher die Kommission verschiedene Optionen zur Besteuerung des Finanzsektors bewerten will. Auf [Nachfrage](#) der Grünen-Parlamentarier im Europa-Parlament stellte Barroso zudem unmissverständlich klar, dass der Vorschlag eine Finanztransaktionssteuer und nicht die bisher als Favorit gehandelte Finanzaktivitätsteuer bedeutet.

Ende des Monats ging die [EU-Kommission](#) erneut an die Öffentlichkeit: Die Finanztransaktionssteuer solle bis 2018 als EU-Steuer eingeführt und direkt an das EU-Budget abgeführt werden. Im Gegenzug sollen dafür die Beiträge der Mitgliedstaaten reduziert werden. EU-Haushaltskommissar Lewandowski hatte schon früher wiederholt eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung des EU-Haushalts gefordert. Die Ablehnung gegen EU-Steuern ist jedoch sehr groß, unter anderem aus Gründen der nationalen Souveränität oder eines generellen Misstrauens gegenüber den europäischen Institutionen. Der Vorschlag zur Einnahmenverwendung ist daher realpolitisch chancenlos.

Interessant sind aber die Pläne zur Ausgestaltung der Steuer. **Aktuell zeichnet sich folgender Vorschlag der EU-Kommission ab:**

Besteuert werden sollen Transaktionen mit Aktien und Anleihen mit einem Mindeststeuersatz von 0,1 % sowie Derivate auf diese beiden Wertpapierklassen mit einem Mindeststeuersatz von 0,01 % auf den Nennwert des Derivats. Im Fall von Devisentransaktionen soll zunächst die Kompatibilität mit den EU-Verträgen überprüft werden, sie sind bisher nicht Bestandteil des Vorschlags. Die jährlichen Einnahmen der 27 EU-Staaten aus einer solchen Steuer werden vorsichtig auf mindestens 30 Mrd. € geschätzt, 50 Mrd. € wenn auch Devisen besteuert würden. Die Steuereinnahmen sollen in dem Land vereinnahmt werden, wo die Transaktion in Auftrag gegeben wurde und die Einnahmen würden sich dementsprechend nach der Herkunft der Käufer und Verkäufer über Europa aufteilen. Die Einnahmen aus dieser Steuer sollen in den EU-Haushalt fließen, jedoch zum Großteil nicht zusätzlich: die Beiträge der Mitgliedsstaaten sollen entsprechend abgesenkt werden.

Darüber hinaus wird als Alternativvorschlag auch eine Finanzaktivitätsteuer in der Hinterhand gehalten (Steuer auf Gewinne und Lohnzahlungen), die alle Finanzinstitute im weiteren Sinne betreffen soll. Von dieser Steuer verspricht sich die Kommission jährliche Einnahmen in Höhe von etwa 25 Mrd. €, welche in die nationalen Haushalte fließen würden.

Globaler Aktionstag

In der Woche vom 15. bis zum 22. Juni fanden in [43 Ländern](#) weltweit Aktivitäten unseres weltweiten Kampagnenbündnisses statt. Auch der zweite globale Aktionstag in diesem Jahr fand damit breite Unterstützung. Der Auftakt erfolgte am 15. Juni am sogenannten [Banker's Day](#) in Großbritannien, es folgten [Aktionen](#) u.a. in Kenia, Mexiko, Costa Rica, Ruanda, USA, Kanada, Ecuador, Marokko, Italien, Brasilien, Frankreich, Fidschi, DR Kongo, Mali, Belgien, Nepal, Libanon, Neuseeland, Australien sowie natürlich auch durch unsere Aktionsgruppe in Deutschland. Eine internationale Fotogalerie mit einer Bildauswahl findet sich [hier](#).

Am 1. Juli haben wir am [Kanzleramt](#) ein an Angela Merkel adressiertes großes [Aktionsposter](#) (Format A0, 10 MB!) abgegeben, welches von einem begeisterten Mitarbeiter entgegen genommen wurde.

21. Juni in Berlin: Riesige Euro-Münzen rollen zum Kanzleramt

Unter dem Motto "Das Geld liegt auf der Straße, Frau Merkel! Greifen Sie zu" rollten Robin Hood und seine bunte Schar mannshohe Euro-Münzen mit der Beschriftung "FTS-Euros" durch Berlins Straßen bis vor das Bundeskanzleramt. Dort trafen sie auf Angela Merkel (täuschend echt dargestellt von einer Aktivistin), die abfahrbereit mit einem Reisekoffer darauf wartete, zum bevorstehenden EU-Ratstreffen in Brüssel aufzubrechen. Nachdrücklich forderte Robin Hood die Bundeskanzlerin auf, ihren Worten nun Steuern folgen zu lassen und gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy ihre EU-Amtskollegen von einer Finanztransaktionssteuer zu überzeugen.

Die Presse nutzte die Fotos leider vor allem zur Bebilderung der tags darauf startenden Steuersenkungsdebatte. Berichte erschienen unter anderem in der [Börsen-Zeitung](#), bei [N-TV](#) (auch [hier](#)), der [Saarländischen Online-Zeitung](#) und bei unseren Mitgliedsorganisationen (z.B. [medico](#)).

Bilder von der sehr schönen Aktion finden sich bei [Attac](#) und den [Jusos](#) sowie auf unserer [Kampagnenwebseite](#), ausserdem hat [Oxfam](#) ein ausgezeichnetes Aktionsvideo dazu produziert.

Neue Studien und Stellungnahmen

Stephan Schulmeister: Implementation of a General Financial Transaction Tax

Stephan Schulmeister vom WIFO-Institut in Wien hat eine neue Studie zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorgelegt.

Neben einer Erklärung zur Wirkung der Steuer werden die bisherigen vom IWF und der EU-Kommission vorgebrachten Einwände diskutiert. Politisch sehr relevant sind die Vorschläge zur konkreten Einführung in Europa. Unterschieden wird zwischen zwei Optionen: der zentralisierte Ansatz mit der Abführung der Steuer am Ort der Zahlungsabwicklung und der dezentralisierte Ansatz mit der Abführung im Herkunftsland der Auftraggeber der Transaktion. Letzterer Vorschlag eigne sich auch für eine Einführung der Steuer ohne breiten Konsens zur Einführung der Steuer (z.B. Eurozonen-FTS). Die Vorschläge von Schulmeister sind nicht völlig neu, die Studie geht jedoch stärker ins Detail und ist speziell auf die politische Situation in Europa zugeschnitten. Von daher eine unbedingte Leseempfehlung!

[Zur Studie.](#)

Pressemitteilungen:

Auch auf dem Feld der Pressearbeit war die Kampagne im Juni sehr rege. Die wichtigsten Ereignisse des Monats haben wir wie folgt kommentiert:

8. Juni: Gleichzeitige Debatte zur Finanztransaktionssteuer in Bundestag und französischer Nationalversammlung - Gleichlautende Forderungen an deutsche und französische Regierung für ein

abgestimmtes Vorgehen - In Frankreich Annäherung von Regierungs- und Oppositionsparteien

Pressemitteilung aus Anlass der Paralleldebatte zur Finanztransaktionssteuer in Bundestag und französischer Nationalversammlung

[Mehr..](#)

9. Juni: Paralleldebatte in Bundestag und Nationalversammlung: Regierung und Union vergeben Chance bei Finanztransaktionssteuer - Bekenntnisse sind schön, konkrete Stufenpläne besser

Kommentierung der deutschen Parlamentsdebatte: Enttäuschung über fehlende Positionierung der Unionsfraktion durch einen eigenen Antrag und fehlendes Bekenntnis zu einer Mittelverwendung im Sinne einer "Steuer gegen Armut".

[Mehr..](#)

21. Juni: Merkel muss ihren Worten jetzt Steuern folgen lassen! Kampagne "Steuer gegen Armut" drängt die Bundeskanzlerin, sich auf EU-Ebene für Finanztransaktionssteuer einzusetzen

Pressemitteilung zur Aktion von Oxfam, Attac, Jusos und Grüner Jugend in Berlin im Vorfeld des weltweiten Aktionstags. Unter dem Motto "Das Geld liegt auf der Straße" rollten Robin Hoods riesige Euro-Münzen mit der Aufschrift "FTS" vom Brandenburger Tor zum Bundeskanzleramt.

[Mehr..](#)

22. Juni: Heute internationaler Aktionstag für Finanztransaktionssteuer. Kampagne "Steuer gegen Armut" begrüßt Vorstoß Barrosos und Unterstützung von mehr als 1000 Parlamentariern.

Pressemitteilung zum weltweiten Aktionstag, den neuen Bekundungen von EU-Kommissionpräsident Barroso zugunsten einer Finanztransaktionssteuer und einer Unterstützung der Steuer durch mehr als 1000 sozialistische und sozialdemokratische Abgeordnete in Europa.

[Mehr..](#)

30. Juni: Finanztransaktionssteuer: Durchbruch in der EU-Kommission. Mittel müssen für Armutsbekämpfung und Klimaschutz verwendet werden.

Pressemitteilung zu den Plänen der EU-Kommission, die Finanztransaktionssteuer als EU-Steuer einführen zu wollen.

[Mehr..](#)

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org, auf [Facebook](#) und auf [Twitter](#)

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac. Wenn Sie diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, folgen Sie dem untenstehenden Link oder schicken eine Mail an

finanztransaktionsteuer@attac.de.